

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Einzelnenpreis: Die 6 gepallene Millimeterzelle für Arbeitsgehalte 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3365 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 37

Duisburg, den 13. September 1924

25. Jahrgang

Der Weg ins Unbetrefene

Das Abkommen von London ist unterzeichnet. Damit ist das Dawesgutachten, dessen wirtschaftliche Beziehungen zur Arbeiterschaft wir schon in mehreren Artikeln gezeigt haben, angenommen. Ohne Zweifel ist mit der Annahme eine gewisse innere seelische Ruhe des Volkes eingetreten und wenn der gesamte Industrie- und Handelsstand der deutschen Reichsteilung seinen Dank ausspricht für die Überwindung der Schwierigkeiten und auch für das geschickte Vertreten deutscher Lebensinteressen, dann bedeutet das, daß die wirtschaftlichen Leiter sich der ungeheuren und fürchterlichen Konsequenzen bewußt waren, die einer Ablehnung gefolgt wären. Es ist klar, daß eine so folgenschwere Handlung nicht ohne weiteres von allen politischen Parteien im Handumdrehen erledigt werden konnte. Aber es hat sich auch dort gezeigt, daß trotz unglücklich häßlicher Szenen im deutschen Reichstag doch die Überlegung für die Zukunft siegte, auch bei solchen, die anfänglich gegnerisch veranlagt waren.

Aber trotz allem, würden wir uns selbst täuschen, wenn wir glaubten, in kurzer Zeit hinge für uns der Himmel voller Geigen oder in solchem Ueberflusse zu handeln, wie es die Sozialisten machen. Wenn der „Vorwärts“ ein Bild bringt, wie am Meeresufer eine ausgehungerte deutsche Arbeiterfamilie steht und sehnsüchtig die Arme ausstreckt nach der aufgehenden Dampfwolke, so ist das eine Verherrlichung des Kapitalismus und ein Selbstbetrug, wie man es sich besser gar nicht vorstellen kann, aber auch ein Hineinwiegen der sozialistischen Arbeiterschaft in Träume, die unerfüllbar sind, wie die Sozialisierung.

Wir müssen uns bewußt bleiben, daß die Last von London ungeheuer schwer auf Volk und Wirtschaft ruhen wird und wir würden falsch handeln, wenn wir die Arbeiterschaft nicht auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen würden.

Um zum Verständnis der jetzigen Lage zu kommen, ist es erforderlich, einen Rückblick auf die letzten zehn Jahre zu werfen.

In der Friedenszeit eine im wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg befindliche Welt mit folgenden Merkmalen: Steigender Konsum, steigende Produktionskraft, steigender Reichtum und steigende Sparkraft bei leichtem Geldmarkt und auch Besserung der Lebensverhältnisse. Im Kriege wurde der gesamte volkswirtschaftliche Reichtum in den Dienst der Zerstörung gestellt und schwer geschädigt. Der Lebensstand der Kulturvölker erhielt fallenden Charakter. Nach dem Kriege: in Mitteleuropa Revolutionen und Währungsunruhen. Der wirtschaftlich leere Raum wurde durch die Notenpresse ausgefüllt und die Inflationskonjunktur war nur ein Zeichen abnehmender Konsumkraft gewisser Völker.

Jetzt befinden wir uns im Zeichen der Deflation, d. h. der Senkung eines aufgeschwemmten Geldmarktes. Die Verhältnisse werden stabiler. Wir befinden uns in dem Zustande vergrößerter Produktionsmöglichkeiten, haben aber im eigenen Lande eine geringere Konsumkraft als anderswo. Wir haben Produktionsmittel und Arbeitskräfte, aber das Betriebskapital ist zu einem sehr großen Teil verloren.

In den letzten Monaten mit einem viel zu teuren Geld hat man allenthalben angefangen, abzubauen, zu sanieren oder stillzulegen. Dieser Prozeß muß jedoch im Hand- und Fußgänger durchgeföhrt werden, solange, bis die übergroßen Lager in Handel u. Industrie verschwinden, die Schulden sinken, anfängt zu steigen, die überorganisierten Verwaltungskörper — auch bei den Banken — durch einen vereinfachten, individuellen Betrieb ersetzt werden. Überall bei Landwirtschaft und Industrie, bei Geld- und Warenhandel darf nur ein Ziel gelten, daß nämlich Ausgaben plus Schuldzinsen wieder von den Einnahmen übertrossen werden. Nur das Unternehmen ist im Wirtschaftsprozess wertvoll, das aktiv, nicht passiv ist; das eine gewisse Rente abwirft!

Daß darunter keine Friedensgoldrente verstanden werden kann, ist selbstverständlich. Sie herauszuholen zu wollen bei dem Tiefstand der Wirtschaft, wäre nur möglich auf Grund des Raubbaus wirtschaftlicher Kräfte, vor allem der Arbeiterschaft. Und das muß aus rechtlichen aber auch aus wirtschaftlichen Erwägungen hingenommen werden. Denn die Schädigung der wertvollsten Produktionskraft, der Arbeit, zieht unzerstörlich eine Schädigung der gesamten Wirtschaft hinter sich her. Aus dem Grunde muß auch Preis und Lohn in Einklang gebracht werden. Die Preisentungen sind unerlässliche Voraussetzungen der Gesundheit; sie müssen anfangen bei dem Schlüsselstein der Kohle. Allenthalben Umleitung der Betriebsführung auf schnelleren Umsatz und geringeren Kapitalverbrauch. Die Stellung zu Kartellen, Trusts, Syndikaten,

Verbänden, Genossenschaften kann heute nur von einem Gesichtspunkt ausgehen: wirken sie heilend oder schädend auf die Preisentwicklung? Kampf dagegen ist Pflicht, wenn sie den Umsatz verkleinern, hemmen.

Bei einem solchen Zustande unserer Wirtschaft vollzieht sich das Londoner Abkommen, die bekanntlich nach dem 5. Jahr des Inkrafttretens des Abkommens gewissermaßen im Beharrungszustand jährlich 2,5 Goldmilliarden zu zahlen hat. In den ersten Jahren steigend von 1 Milliarde auf 1,75 Milliarden. Diese Summe, gleich ob sie an Geld oder Sachlieferungen geleistet wird, kann nun nicht willkürlich aus der deutschen Wirtschaft herausgezogen werden, wenn wir nicht unsere Produktion steigern. Das hieße einen Zustand der Armut schaffen, der unerträglich wäre. Wir müssen also zur Produktionssteigerung und Steigerung der Ausfuhrwerte und Einschränkung der Einfuhrwerte kommen. Am aus der Wirtschaft einen Ertrag von 2,5 Goldmilliarden herauszuspülen zu können, müssen wir unsere Produktion um wenigstens 25 Goldmilliarden jährlich steigern, wenn wir annehmen, daß eine Steigerung der Produktion auf 25 Milliarden etwa einen Gewinn v. 10 Proz., gleich 2,5 Goldmilliarden ergeben würde. Im Jahre 1922 hatten wir eine Ausfuhr von 6,5 Milliarden und im Frieden eine gesamte Ausfuhr von rund 20 Milliarden. Wir müssen Ueberflüsse von ganz gewaltigem Umfang erzeugen, wir können aber tatsächlich diese Ueberflüsse nur erzielen durch gesteigerte Ausfuhr. Ob wir es leisten können und ob die Entente Länder eine solche Summe konsumieren können, ohne die eigene Wirtschaft zu schädigen, ob vielleicht nicht gerade infolge unserer zu steigenden Produktion und des zu steigenden Exportes eine neue Welle von Hochzinsfällen über die Welt kommt und das Lied vom deutschen „Dumping“ erneut erklingen wird, — ein Dumping in Konsequenz —, wer will das heute schon sagen. Sicher ist, daß wir zur Leistung des Londoner Abkommens unsere Produktion und den Wert der Produkte steigern müssen auf ungefähr den Umfang der amerikanischen Volkswirtschaft vor dem Kriege, welche damals schon die deutsche um ein vielfaches übertraf.

Wir stehen vor einem volks- und weltwirtschaftlichen Experiment. Wir werden und wir wollen noch besten Kräften zu leisten versuchen, was geleistet werden kann. Mehr kann heute noch nicht gesagt werden. Denn auch da ist Prophet sein, eine böse Sache.

Wenn solche Ertragsfälle aus der Wirtschaft herausgeholt werden müssen, werden gewisse Stellen leicht bei der Hand sein, sie an Kosten der Löhne und einer stark verlängerten Arbeitszeit herauszuheben. Man macht sich anscheinend in manchen Arbeitgeberkreisen wenig Kopfbrechen darüber, daß man bedeutende Wirtschaftsertragsfälle nur schaffen kann, wenn auch der innere Markt möglichst konjunkturfähig ist. Die Voraussetzung dazu ist natürlich eine kaufkräftige Bevölkerung.

Um die Fragen des „Wie“ der Durchführung des Londoner Abkommens werden in der nächsten Zeit heftige Kämpfe entbrennen. Die einen wollen sie erreichen durch verlängerte Arbeitszeit, durch Herabsetzung des Lohnes, was gleichbedeutend ist mit der Herabsetzung der Intensität der Arbeit, durch technische und organisatorische Verbesserungen und Stärkung des Innenmarktes.

Die Befassung für die deutsche Wirtschaft ist ungeheuer schwer und die eisse Hoffnung der Sozialisten, wonach das Unternehmertum und die bestehenden Schichten allein die Reparationen zahlen könnten oder müßten, ist eine Seifenblase. Das Londoner Abkommen trifft unser ganzes Volk hart u. auch an den unteren Schichten wird das Schicksal nicht vorbeiziehen. Es kommt nur darauf an, daß die Arbeiterschaft durch ihre gewerkschaftliche Organisation stark genug ist, ein unzureichendes Maß von Lasten wegzuwenden und für ihr Recht zu ringen. Daß die christliche Arbeiterschaft ihren gerechten Anteil am Aufbau mitbestimmt, ist selbstverständlich. Es kommt heute darauf an, ob auch das Unternehmertum weitgehend genug ist, nicht durch seine Stundizistkämpfe hervorzurufen zu lassen, sich bemüht, die Rechte der Arbeiterschaft anzuerkennen und durch eine ernstliche Arbeitsgemeinschaft die Gefahren der kommenden Zeit mit überbrücken hilft. In den folgenden Artikeln werden wir auf Spezialfragen eingehen.

Deutschland geht einen schweren Gang in ein Gebiet, wohin es seinen Fuß noch nicht setzte. Ob der Gedanke der Volksgemeinschaft heute endlich Deutschland nach oben führen wird?

länger als 8 Stunden arbeiten dürfen. Ich möchte mir geflatten, doch auf einige Mängel aufmerksam zu machen. Wenn man schon Arbeiterkategorien aufzählt, so soll man doch möglichst alle diejenigen nennen, die entweder die schwersten Arbeiten auszuführen haben, oder, wenn die Arbeit auch nicht so schwer ist, dafür andauernd in Gasbetrieben arbeiten müssen. Wie kann man z. B. am Hochofen die Koks- und Erzjahrer vergessen? Steht den Arbeitern in den Gaszentralen nicht unbedingt zur Erhaltung der Gesundheit eine längere Arbeitszeit zu, als gegenwärtig? Müßen nicht gerade die letzteren jeden Tag 12 Stunden in den Gaszentralen sein, da trotz des Berliner Arbeitszeitabkommens die Pausen in Arbeitsbereitschaft genommen werden müssen. Die Arbeiteraufenthaltsräume in den Gaszentralen sind, wenn dieselben nicht direkt in den Maschinenräumen sind, dann doch in unmittelbarer Nähe, so daß die schlechte Luft, vermisch mit Gas, sich auch dort befindet, so daß von einer Erholung in den Pausen keine Rede sein kann. Hierzu kommt noch, daß auch an den alten bestehenden Zentralen heute überall Abzugsfenster angelegt sind oder noch werden, wodurch sich die Luft- und Temperaturverhältnisse noch mehr verschlechtern. Messungen auf einem Werk zeigen an einem Tage morgens um 9 Uhr bereits 45 Grad Wärme, dabei nur 9 Prozent Feuchtigkeit. Daß bei ununterbrochenem Aufenthalt darin von täglich 12 Stunden die Gesundheit der Arbeiter schwer Schaden leidet, ist doch wohl erklärlich.

Ich möchte nun noch eine Gruppe Arbeiter anführen, die auch in dem Entwurf nicht verzeichnet sind, die aber unbedingt eine der schwersten Arbeiten in der Hüttenindustrie zu verrichten haben. Unsere Stahlwerksarbeiter sind mit Recht empört darüber, daß man im Arbeitsministerium bei Ausführung von Schwerarbeiten, bei denen der Maximalarbeitszeit nur 8 Stunden betragen darf, nicht an ein Thomaswerk gebacht hat. Der sind die 13 Thomaswerke, die wir in Rheinland und Westfalen haben, so unbedeutend, daß man keine Rücksicht auf die Arbeiter in den Betrieben zu nehmen braucht? Die Arbeit gerade in den Thomaswerken ist dermaßen anstrengend, wie wohl kaum eine andere. Der Kalkofen, der ununterbrochen durch den Betrieb weht, zwingt einen Fremden meistens sofort zum Niesen. Dazu kommt die Hitze, die Konverterleute, Pfannenleute, Gießer, wie auch die Ofenleute ausstehen müssen bei einer Arbeitsweise, die sich von selbst treibt, weil nicht halt werden darf. Wenn heute fünf Chargen in der Stunde geblasen werden, so weiß jeder, der nur etwas vom Betrieb kennt, daß damit das Allerletzte aus dem Arbeiter herausgequetscht ist. Wenn man dann berücksichtigt, daß die Arbeiterzahl in den Betrieben nicht größer ist, wie vordem bei achtfühiger Schicht, dann begreift man, daß, wenn 55—60 Chargen in der 12stündigen Schicht hergestellt werden, der Arbeiter keine Pausen kennt, sondern 12 Stunden effektiv arbeitet. Arbeiter, die um Ablösung für Eisen beim Meister fragen, werden mit geringer bezahlter Arbeit gedroht; dort hätten sie Pausen. Kein Wunder, der Meister hat keine Leute, weil er keine annehmen darf, und von dem Meister wird's verlangt, daß möglichst viel Chargen geblasen werden. Damit die Ingenieure und Chefs nicht das Antreiben der Meister allein vorzunehmen brauchen, hat man sich zu den Obermeistern noch Obermeisterchefs zugelegt, die überflüssigsten Posten, die man sich denken kann, die aber den „armen kollektiven Werken“ viel Geld kosten, damit ja der Arbeiter um seine Rechte auf Pausen kommt. Wie oft kommt es vor, daß Arbeiter gerade in dem Betriebe, die an verantwortungsvoller Stelle stehen, keine Zeit haben ihr Essen zu verzehren, sondern es am Schichtschluß wieder nach Hause nehmen müssen, weil kein Mann zum Abholen da war. Da sind einige Streikbilder vom Produktionsbetrieb in einem Hüttenwerk. Ich möchte zusammenfassend sagen, daß der Maximalarbeitszeit von 8 Stunden zunächst wieder eingeföhrt werden muß, für alle Arbeiter der Betriebe, die ununterbrochen jeden Tag arbeiten, das sind die Arbeiter auf den Hüttenwerken, Hochofen, Kokserei, Schmelz- und Gaszentrale, ebenso für die direkt daran beteiligten Reparaturwerkstätten. Ob es möglich sein wird einzelne Leute im Maximalwerk, Hammerwerk und Walzwerk nur den 8-Stundentag zu geben, wage ich zu bezweifeln. Meiner Ansicht nach, müßen schon alle Arbeiter, die in dem Betrieb direkt beteiligt sind, davon betroffen werden. Aus einem Thomaswerk aber einzelne Arbeiterkategorien herauszuheben, halte ich für vollständig ausgeschlossen, da dort tatsächlich heute jeder Arbeiter bedeutend mehr als 10 Stunden arbeiten muß. Wenn die Werte erklären, es nicht tragen können, so soll man nur die vielen überflüssigen Antreiber abhassen, damit daß so ersparte Geld für die Einführung einer dritten Schicht gebraucht werden kann.

Wie die Arbeitgeber Stimmung machen

In einigen deutschen Zeitungen sind Artikel aus der Feder des Syndikus der Oberbergischen Arbeitgebervereine, Herr Habermas, erschienen, die unbedingt einer Antwort bedürftig. Ein Artikel beschäftigt sich mit der Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber und der andere mit der Arbeitszeitfrage in Deutschland. In beiden Artikeln verwendet der Artikelschreiber Material aus Schriften der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Aus dem ganzen Inhalt dieser Schriften und somit auch aus dem Inhalt der oben genannten Artikel geht zunächst zweierlei hervor. Erstens versuchen die Arbeitgeberverbände die Defizienten zu beeinflussen, um diese auf ihre Seite zu ziehen. Zweitens geht aus dem Inhalte der Artikel hervor, daß soziale, kulturelle, sittliche und sanitäre Grundzüge für die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bei der Beurteilung so wichtige Fragen, die den größten Teil des deutschen Volkes betreffen fast gar keine Rolle spielen. Beide Fragen werden vom reinen nur wirtschaftlichen Standpunkte aus beurteilt. Ferner wird die Sachlage so hingestellt, als wenn nur und ausschließlich bei niedrigen Löhnen und längerer Arbeitszeit die Senkung der Preise und der Wiederaufbau unserer Wirtschaft möglich wäre. Diese Einstellung der Vereinigung der deutschen Unternehmerverbände, die darauf hinausgeht, die übrigen Volksteile gegen den gewerkschaftlichen Arbeiterstand einzunehmen, wodurch die Ständes- und Klassenverhältnisse verwickelt werden, muß von allen christlich-sozial und national denkenden Volksteilen ganz entschieden verurteilt werden. X

Sabotage der Arbeiterschutzbestimmungen

Wie die Arbeiterschutzbestimmungen gegen Betriebsverlegungen und Entlassungen von den Unternehmern sabotiert werden, zeigt deutlich folgendes Kundschreiben, welches im Auftrage der Direktion der Firma Thyssen-Stahl- und Walzwerke in Mülheim an die Betriebsdirektoren herausgegeben wurde:

Mülheim-Ruhr, den 14. August 1924.

An den Betriebsdirektor A. R.

Um nach jeder Richtung hin freie Hand zu haben, soll an den Regierungspräsidenten zu Düsseldorf als Demobilisierungskommissar die Meldung über die Stilllegung der Abteilung Stahl- und Walzwerke eingereicht werden. Da wir in der Meldung die Zahl der durch diese Maßnahme zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellte angeben müssen, bitte ich um Mitteilung, wie viel Arbeiter und Angestellte sie in ihrer Abteilung zu entlassen gedenken. Unterzeichnet: Dr. Deipensbrock.

Die Firma will also nach jeder Richtung hin freie Hand haben, die Arbeiter entlassen zu können. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit liegt nach Auffassung der örtlichen Gewerkschaftsführer wie auch des Betriebsrates für diese Maßnahme nicht vor. Die Unterabteilung Rohrwerk z. B. ist nach den Angaben der Direktion für mehrere Monate mit Aufträgen gut versorgt und hat sogar einen Auftrag übernommen, den sie mit anderen ähnlichen Betrieben teilen mußte,

weil man diesen Auftrag bei Thyssen in der vorgeschriebenen Zeit nicht zur Erledigung bringen konnte. Das Rohrwerk beschäftigt allein ein gutes Drittel der Gesamtbelegschaft. Auch die übrigen Abteilungen sind einigermaßen mit Aufträgen versehen. Im schreibenden Gegenjah zu dem von der Firma beabsichtigten Arbeiterentlassungen steht die Tatsache, daß im Monat Juli, nach einer vorläufigen Zusammenstellung, die aber noch nicht vollständig ist und bei der endgültigen Ermittlung noch erheblich überschritten werden wird, bei Thyssen Stahl- und Walzwerke von 1339 Arbeitern insgesamt 19.558 Ueberstunden verfahren worden sind. In einer Abteilung (einstufiger Betrieb) sollten 27 Arbeiter zur Entlassung kommen, während im gleichen Monat in der Abteilung über 2407 Ueberstunden verfahren wurden. Es ist natürlich, daß derartige Maßnahmen in der Arbeiterschaft Kopfschütteln hervorrufen und den stärksten Widerspruch der gewerkschaftlichen Organisation herausfordern müssen. He.

Wer soll den Achtstundentag erhalten?

Wir erhalten zu der Frage, wer in den Feuerbetrieben den achtstündigen Arbeitstag erhalten soll, folgende treffende Zuschrift des Betriebsratsmitgliedes eines der größten Hüttenwerke. Kollegen! Zu der sich unsere Kollegen äußern wollen.

An der Nr. 22 unseres Verbandsorgans finden wir den Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, worin die Betriebsarbeiter namhaft gemacht sind, die nach dem § 7 der Arbeitszeitverordnung nicht

Kollegen denkt an die Jubiläums-Agitations-Woche!

das der Gemeinschaftsgeist, der die Arbeitsgemeinschaften zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zukünftig beherrschen soll?

In dem Artikel über Lohnpolitik wird die Sache so dargestellt, als wenn nur die Höhe der Löhne der gewerblichen Arbeiter den Preis der Ware bestimme und mehr Arbeit und niedrigere Löhne die Preise senken könne und dadurch die Kaufkraft des niedrigen Lohnes könne gehoben werden. Also 12-14stündige Arbeitszeit, 20-30 Pfa. Stundenlohn für gewerbliche Arbeiter und alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen sind in Deutschland gelöst. Die Preise sinken, die Reparationszahlungen können geleistet werden und dabei kann das deutsche Volk gut leben. Klappert die Sache in den nächsten Monaten nicht, dann tragen die deutschen gewerblichen Arbeiter und ihre Gewerkschaften, und das ist die Hauptsache, die Schuld. Das ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Es ist nicht richtig, daß der Lohn des gewerblichen Arbeiters die verlorne Arbeitszeit und die sog. sozialen Lasten in der Hauptsache daran schuld sind, daß die Preise der Waren in den Detailgeschäften bis zu 300 Prozent über den Vorkriegspreis liegen. Zunächst sind es doch die ungeheuren Steuern die der Krieg und die Folgen des Krieges bedingt haben, die die Krise gewaltig beeinflussen. Die hohen Zinssätze für Kredite sind eine weitere Ursache. Der Umstand, daß die Werke nicht voll produzieren können (Kriegsarbeit, verringerte Beschäftigung, Betriebsstilllegung etc.), steigern den Preis, da in der Regel bei geringer Produktion die Generalaufkosten dieselben bleiben. Das sind alles Momente, die selbst mit noch größeren Hungerlöhnen und noch bedeutend längerer Arbeitszeit nicht ausgeglichen werden können. Die Reparationslasten, die auf den Rohstoffen lasten, müssen hier noch genannt werden. Das sind die wesentlichen Gründe, warum das Produkt ab Produktionsstelle heute wesentlich teurer ist, als in der Vorkriegszeit. Der Lohnanteil am fertigen Produkt liegt in den meisten Fällen 50-70 Prozent unter dem Anteil der Vorkriegszeit. Ferner verschweigen die Schriften der Vereinigung deutscher Unternehmerverbände, daß das Produkt von der Produktionsstelle bis in der Hand des Verbrauchers kommt, eine 100- und mehrprozentige Verteuerung erhalten hat. Z. B. Eine Nähmaschine, die ab Fabrik 60 bis 70 M kostet, hat einen Ladenpreis von 130 bis 150 M. Landwirtschaftliche Produkte verteuern sich vom Produzenten bis zum Verbraucher nicht selten um 100 bis 300 Prozent. Diese Spannung betrug in der Vorkriegszeit höchstens ein Drittel. Ursache, die Zahl der Händler hat sich seit der Vorkriegszeit um 250 bis 300 Prozent vermehrt. Der Verbrauch ist infolge der allgemeinen Verzerrung des Volkes fast auf die Hälfte gesunken und trotz allem leben fast dreimal so viel Händler von der Warenvermittlung als in der Vorkriegszeit. Von dem Grundsatz großer Umsatz und kleiner Nutzen, ist der gesamte Handel abgekommen. Heute wird der anscheinend stabilisierte Grundsatz vom Handel hochgehalten, kleiner Umsatz großer Nutzen. Ist es bei diesen Zuständen gerecht, wenn die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände immer auf der Lohnpolitik der gewerblichen Lohnarbeiter herumwirbelt?

Warum wird kein Wort über die ungeheuren Zustände im Handel gesagt?

Die Löhne der verheirateten Hollarbeiter schwanken zwischen 90 bis 150 M monatlich in Deutschland. 150 sind Spitzengehälter. Die Masse der Hollarbeiter in Deutschland dürfte ein Einkommen von 90-120 M haben, bei einer gewaltig verteuerten Lebenshaltung infolge hoher Preise. Ist dieser Lohn gerecht? Kann sich mit diesem Lohn der Arbeiter auf der Höhe eines Kulturmenschen halten? Trägt dieser Lohn nicht auch gewaltige sittliche Gefahren in sich? Gewiß spielt in der Frage des Lohnes für gewerbliche Arbeiter die allgemeine wirtschaftliche Lage eine große Rolle mit, aber auch die Frage der Gerechtigkeit. Dasselbe trifft für die Frage der Arbeitszeit zu. Hier spielen nicht nur reine wirtschaftlichen Fragen eine Rolle, sondern auch die Volksgesundheit, die Teilnahme am Familienleben, an der Kultur und dergleichen mehr. Die Arbeitskraft des gewerblichen Lohnarbeiters muß anders beurteilt werden als wie das Fabrikgebäude, die Maschinen, Rohstoffe usw. Das sind tote Gegenstände. Mit der gewerblichen Arbeitskraft ist ein lebendiger Mensch und eine unsterbliche Seele verbunden, mit einem höheren Ziele nur als industrielle Entwicklung, Produktionsziffern und nachmaligen Produktionsziffern. Diese Herrgötter haben wir vor dem Kriege zu viel angebetet und dabei den Mensch und seine Zwecksetzung zu viel vergessen. Die Strafe ist auf dem Fuße gefolgt. Mit recht erheben Organe des evangelischen und des katholischen deutschen Volkes ihre warnende Stimme in den obengenannten wichtigen Fragen. Die gewerbliche Arbeitskraft ist aber auch mit einem lebendigen Volksgenossen und Staatsbürger verbunden und somit eine wichtige nationale und vaterländische Frage. Menschenökonomie in Deutschland betreiben, ist eben so wichtig, als die Ökonomie auf anderen Gebieten. Deshalb darf die Frage des Lohnes und der Arbeitszeit nicht nach den nur wirtschaftlich orientierten Ansichten der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände gelöst werden. Die Organisationen der in erster Linie Beteiligten, und das sind die gewerblichen Lohnarbeiter selbst, haben in den ganzen Fragen ein ernstes Wort mitzureden. Dabei sind Gewerkschaften mit christlich-sittlichen Grundhaltungen wie es die christlichen Gewerkschaften sind, unbedingt für die gewerblichen Lohnarbeiter notwendig. Der Geist, der aus den Schriften der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände herauskommt, zeigt den Arbeitern, wohin die Reise geht, wenn sie keine Organisation hat, die ihre Interessen wahrnimmt.

Schaften mit christlich-sittlichen Grundhaltungen wie es die christlichen Gewerkschaften sind, unbedingt für die gewerblichen Lohnarbeiter notwendig. Der Geist, der aus den Schriften der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände herauskommt, zeigt den Arbeitern, wohin die Reise geht, wenn sie keine Organisation hat, die ihre Interessen wahrnimmt.

Unter der englischen Arbeiterschaft

Im Nachstehenden veröffentlichen wir eine Stizze unseres Kollegen Karbach-Düsseldorf, der auf dem Mastlin-College, der Arbeiter-Akademie in Oxford studiert und dadurch Gelegenheit hat, Einblicke in das Leben des englischen Arbeiters zu tun. Ohne Zweifel kann nach mancher Seite hin die deutsche Arbeiterschaft von der englischen etwas lernen. Und sie hätte es schon längst getan - wenn in Deutschland nicht der radikale Sozialismus seine verheerende Wirkung in den Köpfen der Arbeiterschaft ausgeübt hätte. Mit Klassenkampfideen und Revolution macht man keine Arbeiterkultur. Sie reißt den Arbeiter äußerlich und innerlich bergab. Daß wir in Deutschland unter den scharfen Klassengegenständen leiden, daran tragen aber auch weite Kreise des Unternehmertums ein gerilltes Maß Schuld. Die Form des Kapitalismus in England ist absolut nicht anders als bei uns. Aber das Verhältnis von Unternehmertum und Arbeiterschaft ist wesentlich anders.

England, das Land, wo die Wiege der Gewerkschaften stand, gehört auch heute noch zu denen, wo die Gewerkschaften ein großer Faktor des Wirtschaftslebens sind, obwohl man seit der Gründung der ersten, im Jahre 1824-25, mit allen möglichen Mitteln versucht, dieselben niederzuhalten, vielmehr zu vernichten, haben dieselben sich doch bis auf den heutigen Tag erhalten, und ihre Macht vergrößert. In den letzten Jahren hatten sie jedoch große Mitgliederabwanderungen zu verzeichnen, schätzte man 1920 noch 8 328 000 Mitglieder gegen nur 5 580 000 im Jahre 1922, das Jahr 1923 schloß sogar nur mit einem Mitgliederbestand von 4 500 000 ab. Nach den letzten Meldungen der Gewerkschaftsblätter ist jedoch die Mitgliederzahl wieder im Steigen begriffen. Der Grund der Abwanderung lag hauptsächlich darin, daß die Mitglieder, welche nach und während des Krieges zu den Organisationen gestoßen waren, den gewerkschaftlichen Gedanken nicht erfaßt hatten, und nur bestenfalls bessere Löhne durch dieselben zu erlangen. Die Gewerkschaften selbst verfügten nicht über die nötigen Kräfte, um die neu hinzu gekommenen Mitglieder zu guten Gewerkschaftlern zu erziehen. Nachdem die Lebensweise sich wieder verbilligte, und die Löhne abgebaut wurden, drohten diese Nachkriegsmitglieder den Organisationen den Rücken, und sahen in ihnen nur eine Vereinigung, welche Geld koste, aber nichts einbringe, halten aber vergessen, was alles erreicht worden war. War doch die Bestenerung der Kriegsgewinne, wodurch der größte Teil wieder in die Staatskasse zurückfloß, nur auf Drängen der Gewerkschaften, durch Lloyd George im Jahre 1915 eingeführt worden, und so die Masse vor harten Steuermaßnahmen bewahrt geblieben. Die Arbeitszeit, welche vor dem Kriege durchschnittlich 54-57 Stunden betrug, wurde nach demselben, im allgemeinen, auf 48 Stunden herabgesetzt, nicht durch Verordnung des Staates, sondern durch Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften. Jedoch ist in vielen Betrieben eine längere Arbeitszeit. Außerdem war es doch nur durch das kräftige Durchgreifen der Gewerkschaften möglich, die Löhne den steigenden Lebenshaltungskosten immer ungefähr anzupassen.

Für unsere Vertrauensleute.

Reichheit ist gut an ihrem Ort, Aber sie ist kein Lösungswort, Kein Schild, keine Krone und Griff, Kein Panzer, kein Steiner für dein Eck; Du ruderst mit ihr vergebens, Kraft ist die Perle des Lebens, Kraft im Zuge des Strebens, Kraft im Wagen, Kraft im Schlagen, Kraft im Behagen, Kraft im Entzagen, Kraft im Ertragen, Kraft bei des Heubers Not und Leid, Dem stillen Werte der Menschlichkeit.

Sehen wir Löhne und Lebenskosten 1914 gleich 100, so erhalten wir folgendes Bild:

	Löhne	Lebenshaltungskosten
Juni 1914	100	100
Januar 1919	175	220
Januar 1920	210	228
Januar 1921	275	265
Februar 1922	200	186
September 1922	178	178

März 1923 170
September 1923 170
Die durchschnittlichen Tariflöhne am 1. Mai 1924 waren 55 bis 65 s = 52,60 Mk. pro Woche, gegen 35 s = 32,50 Mk. im Jahre 1914. Der Stand der Lebensweise war am 1. Mai 1924 68 Prozent höher als 1914. Die Tariflöhne 68-80 Prozent. Wir sehen also, daß die Löhne des englischen Arbeiters den Stand von 1914 erreicht, teilweise sogar überschritten haben, trotz der verkürzten Arbeitszeit. Die Löhne einschl. Akkord oder Prämie schwanken zwischen 3 1/2-4 1/2 Pfund Sterling pro Woche.

Betrachten wir uns einmal die Lebensweise des Engländers, so werden wir sehen, daß dieselbe eine ganz andere ist, als unsere. Die Arbeitszeit beginnt in den meisten Fällen um 7.30 Uhr, bei Werken mit 2 und 3 Schichten jedoch um 6 Uhr, und endet um 5 Uhr mit einer Pause von 1 Stunde. Nachbeendigung derselben geht er nach Hause und nimmt im Kreise seiner Familie seine Hauptmahlzeit zu sich. Ein kinderloses Ehepaar tut dies viel in einem Speiseraum, wie man auch den kleinen Jüngling am Mittag gern dort zu sich nimmt. Falls die Witterung es erlaubt, wird der englische Arbeiter täglich eine Stunde dem Sport widmen. Tennis, Cricket und Fußball für die jüngere Generation, eine Art Kegelspiel im Freien für die älteren. Jeder sich dort beteiligende hat den Wunsch, und legt sehr großes Gewicht darauf, nur als Gentleman aufzutreten, und es ist nicht neues, wenn ein Student mit einem Arbeiter, oder der Vorgesetzte mit seinem Untergebenen eine Partie Tennis oder sonst eine Sportart treibt, man sieht eben nur den Sportsmann, nicht eine sonstige Person. Durch dieses Zusammenkommen auch die einzelnen Klassen sich bedeutend näher und deshalb auch nicht die Antipathie der Arbeitnehmers gegen alles, was von Arbeitgebersseite ihnen geboten wird. Von einem Klassenkampfgedanken will der englische Arbeiter im allgemeinen nichts wissen, durch seine Erziehung schon von der Schule aus ist ihm die Ansicht des anderen achtungswert und man sucht auf dem Wege der friedlichen Auseinandersetzung seine Ziele zu erreichen. Der Wunsch des englischen Arbeiters, auf den die Führer in jeder Versammlung hinweisen, ist: Schritt für Schritt, wie es die Verhältnisse erfordern, nicht Revolution oder Gewalt. Durch dieses Verhalten ist auch die Sympathie zu erklären, welche ein Teil der Mittelklassen, besonders die Geistlichen und Lehrer der Arbeiterbewegung entgegenbringen. Falls der Engländer Mitglied eines Vereins ist, legt er großen Wert darauf, an den Zusammenkünften teilzunehmen, und pünktlich zu erscheinen. Denn Pünktlichkeit ist die Zierde des englischen Volkes, wie es auch selbstverständlich ist, an den Versammlungen teilzunehmen. Die Versammlungen an und für sich verlaufen in den meisten Fällen sehr ruhig, und dauern selten länger als zwei Stunden, weil man glaubt, daß das Interesse nach dieser Zeit schwinden müsse. Lebhafte Diskussionen, wie wir sie viel haben, fehlt er nicht. Treten Meinungsverschiedenheiten auf, so sucht man dieselben sobald wie möglich zu schlichten. Kabarett, wie man sie in Deutschland in verschiedenen Versammlungen findet, sind in England einfach unmöglich, auch in den niedrigsten Schichten der Bevölkerung. Sehr schwierig ist jedoch, den Arbeiter für eine Versammlung am Sonntage, wenigstens während der Sommermonate, zu gewinnen, weil er es liebt, diesen Tag im Kreise seiner Familie, wenn möglich im Freien, zu verbringen. Sonntags in der Frühe, auch schon Samstagnachmittags, verläßt er die Stadt, und an einer schönen aber ruhigen Stelle schlägt er sein Zelt auf und verbringt die Zeit vom Leben seinen Sonntag. Diesen Ausfall nennt er, week-end (Wochenende). Leider ist es dem Engländer der Großstadt heute nicht mehr so leicht zum week-end zu gehen, weil er durch die kolossalen Erweiterungen der Städte unbedingt größere Fahrten mit der Bahn machen muß, um eine ruhige Stelle zu finden, dieser Teil wird den Sonntag in den Parks, welche jede Stadt besitzt, verbringen. Derjenige, welcher außerhalb der Stadt seine Wohnung hat, ist nicht leicht zu bewegen, und wenn er monatlang nicht in der Stadt war, Sonntags dorthin zu gehen, er verzieht es einfach nicht, wie ein Mensch, wenn er in freier Natur ist, diesen Wunsch aussprechen kann. Der Drang ins Freie ist trotzdem wieder leicht zu verstehen, wenn man bedenkt, daß die Stadt am Sonntag nichts bietet. Theater, Kinos, Konzertlokale sind vollständig geschlossen, Wirtschaften sind von 6-10 Uhr abends geöffnet, und im allgemeinen sehr niedrig und unfreundlich gebaut; die große Masse vorhandener Teehäuser ist dagegen freundlich und sauber. Der Verkehr in denselben ist bedeutend größer, als in den Wirtschaften, denn ohne Tee kann der Engländer nicht leben, wie er auch ohne Rauchmaterial nicht leben kann. Zigaretten und Tabak sind seine steten Begleiter, an allen Orten und zu allen Zeiten. Der Zigarette bedient sich das weibliche Geschlecht genau so gut wie das männliche Geschlecht, ohne daß ein Mensch Anstoß daran nimmt.

Sehen wir nun einmal zu, wie die Wohnungsverhältnisse des englischen Arbeiters sind. In vielen Fällen muß man feststellen, daß Wohnräume, der Familienzahl entsprechend, nicht genügend vorhanden sind. Dieses ist in den letzten Jahren noch schlimmer geworden, weil auch die englische Regierung in den Jahren des Krieges vergessen hat, Neubauten zu schaffen. Der Wunsch des

Thomas Alva Edison

Unbekanntes und Interessantes aus einem Erfinderverleben.
Von Dr. Viktor Kutter, Duisburg.

Wenige Erfinder sind so bekannt und populär geworden, wie Edison. Nicht bloß, weil seine Erfindungen sehr zahlreich sind, sondern hauptsächlich, weil der einfache Mann einigen von ihnen im alltäglichen Leben begegnet, aber weil sie geradezu zu den Weltwundern der modernen Technik gehören, wie der Phonograph und die Kinetograph. Die meisten seiner Erfindungen hängen mit der Metallindustrie oder Metallchemie irgendwie zusammen, z. B. seine Verbesserungen der Dynamomaschine und der „Edison-Akkumulator“.

Es wird daher nicht uninteressant sein, einiges aus dem Leben dieses hervorragenden Forschers zu erfahren.

Für seine Erfindertätigkeit sind es hauptsächlich zwei Faktoren, der Drang nach Erkenntnis und das Streben, diese Erkenntnis praktisch auszuwerten, die sein Leben und Streben unabänderlich beherrschten.

Hier ein Beispiel! In seinem achten Lebensjahre sah er eine Gans auf ihrer Eier legen, und mit Neugierde beobachtete er das Resultat dieses Brutgeschäftes. Einige Tage später vermigte ihn die Mutter, und fand ihn in einer benachbarten Scheune; er lag auf einem zu diesem Zweck von ihm besonders konstruierten Nest, das mit Eiern angefüllt war.

Drei Jahre später, als er sich bereits mit chemischen Versuchen beschäftigte, veranlaßte er einen anderen Jungen, große Mengen doppeltkohlensaures Natron zu verschlucken, in der letzten Reinigung, welche wurde infolge der entwidelten Gase alsdann fliegen können.

Solche Beispiele zeigen deutlich seinen Wissensdrang, und dabei hat er in seiner Jugend nicht, wie sonst die Erfinder, Forscher und Gelehrten, Schulen und Akademien besucht, - sein ganzes Schulheiß beschränkt sich auf volle drei Monate Volksschule in Port Huron - aber seine Mutter war Lehrerin, und aus diesem Grunde lernte er schon frühzeitig lesen und schreiben . . . und er las wahrlich alles, was ihm in die Hände fiel. In einer Bibliothek, die ihm durch Vermittlung seiner Mutter zugänglich war, verschlang er

ganze Abteilungen, Buch um Buch, unterschiedslos, welchen Stoff dieselben auch behandelten mochten. Auf diese Weise war der Umfang seines Lesestoffes ein ganz ungeheurer, und wenn er auch nur das behielt, was ihm brauchbar und nützlich erschien, so war das immerhin eine große Menge.

Sein erstes Laboratorium richtete er sich im Keller seiner Mutter ein. Er kaufte sich von seinen kleinen Ersparnissen allmählich über hundert Flaschen mit Chemikalien, etikettierte sie aber alleamt als „Gift“, war damit niemand es wage, daran zu gehen. Er verdiente bekanntlich sein Geld schon früh als Zeitungsjunge in einem Zuge, und in dieser Epoche seines Lebens begann er bereits, sein Interesse der Elektrizität zuzuwenden, ein Umstand, der für sein ganzes späteres Leben ausschlaggebend werden sollte. Die ersten Versuche machte er mit den primitivsten Mitteln, . . . als Quelle, zur Erzeugung von Reibungselektrizität benutzte er eine gewöhnliche Hauskase, die indessen für diese Reibungen Edisons wenig Verändnis zeigte, und einfach durchbrannte.

Seine Beschäftigungen mit der Elektrizität und namentlich mit dem Bahntelegraphen verschafften ihm bald eine Stellung im Westen als Telegraphist. Er arbeitete Tag und Nacht, um Geld zu verdienen. Aber alles Geld verwendete er nur, um seinen Wissensdurst zu stillen, um die Fragen, die sein Innerstes bewegten, durch Versuche zu beantworten, um die Natur durch das Experiment zu befragen, und so sein Wissen durch die Beobachtung zu bewahren.

Edison, der seine Kenntnisse und seine Bildung selbst erworben hatte, war mit keinem unnützen Ballast behaftet, der so häufig sonst mit dem wissenschaftlichen Können verbunden ist: für ihn existierten keine wissenschaftlichen Lehrgänge oder mathematische Spitzfindigkeiten, wenn sie nicht durch ein Naturgesetz oder ein Experiment begründet waren. Die Nützlichkeit dieser gefunden und natürlichen Anschauung sollte sich in seinem Leben aufs erfolgreichste bewähren.

Bekanntlich beansprucht die offizielle Wissenschaft, - ich sage nicht, die wahre und echte Wissenschaft, sondern nur die offizielle - oft eine Art Unschicklichkeit für sich, durch welche hervorragende Erfindungen, wenn nicht perhänagen, so doch um Jahrzehnte zurückgeklärt werden. Ein klassisches Beispiel hierfür haben wir alle selbst miterlebt: das Zeppelinfahrt!

Als der Graf Zeppelin seine Pläne in Berlin zum ersten Male zur Beurteilung vorlegte, wurde sein Luftschiff von der offiziellen Wissenschaft unter Führung des berühmten Helmholtz als ein Ding der Unmöglichkeit bezeichnet, als das Fingerring eines wissenschaftlich unreifen Kopfes, das es durch die echte Wissenschaft und mathematisch nachweisbar sei, daß ein Ding, das schwerer als Luft sei, niemals werde fliegen können . . . !

Und was geschah zwei Jahrzehnte später? . . . Obwohl das Luftschiff eigentlich mathematisch nicht konnte, und wissenschaftlich nicht durfte, überflog es nicht nur Länder und Seen, sondern kreuzte von einem Kontinent zum andern!

Etwas ähnliches erleben wir in der Geschichte Edisons. - Es war vor einigen Jahrzehnten, als die Welt sich mit der Möglichkeit einer elektrischen Beleuchtung zu beschäftigen begann.

Die elektrische Bogenlampe war im Prinzip seit 1809 bekannt; damals hatte der englische Physiker Davy in London vermittelst einer elektrischen Batterie von zweitausend Elementen zwischen zwei Kohlestäben den ersten Lichtbogen erzeugt. Aber erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts beginnen gleichzeitig mit dem Ausbau der Dynamomaschinen die systematischen Versuche zur Konstruktion einer brauchbaren Bogenlampe; und erst seit 1878 beginnt eine Weltindustrie auf diesem Gebiete.

Das Aufkommen des elektrischen Lichtes rief in der damaligen Welt eine Aufregung hervor, wie in unseren Tagen das Radium oder die Flugmaschine.

Um aber die technischen Schwierigkeiten und die Kühnheit der Gedanken zu begreifen, die im Fortschritt von der Bogenlampe zur Glühlampe liegen, muß man sich in die Ideenkreise zurückversetzen in denen die damalige Welt befangen war. Nach allen Ueberlieferungen und allen bisherigen Erfahrungen mußte bei der Erzeugung von Licht irgend etwas verbrannt oder verbraucht werden: im Herdfeuer das Holz, in der Lampe das Öl oder Petroleum, bei der Kerze das Wachs oder Paraffin, bei der Bogenlampe die Kohlestäbe, . . . immer haben wir hier einen Verbrauch von Stoff oder Materie.

(Schluß folgt.)

Engländer ist der, ein eigenes Heim zu besitzen. Deshalb ist er Mitglied einer Baugenossenschaft, wie er überhaupt zu 90 Prozent Mitglied einer Konsumgenossenschaft ist. In den einzelnen Industriezweigen ist das Wohnungsgeld in den sogenannten Slums unbeschreiblich; Fensterscheiben fehlen, der äußere Verputz durch die Witterung vollständig zerfallen, die Zimmer niedrig und klein und können als Wohnung nicht mehr angesehen werden.

Die in diesen Vierteln wohnenden rechnet man nicht zu den Arbeitern, sondern bilden eine Klasse für sich, den Prolet.

Der Wissensdrang des Engländers ist ziemlich groß, aber oft oberflächlich. Sich mit einer Materie länger oder tiefer zu beschäftigen, findet man nicht für nötig, oder es müßte sein, daß man einen Vorteil dadurch habe, denn materiell eingestellt ist auch der englische Arbeiter, obwohl er dabei die soziale Not des anderen niemals vergißt, und sich sehr viel mit diesen Fragen beschäftigt.

Wir sehen also, daß das Leben anders ist, aber im Fühlen und Denken sind der englische Arbeiter und der Deutsche nahe verwandt; besonders diejenigen, welche in Deutschland den christlichen Gewerkschaften angehören, und die Zukunft wird es lehren, daß nicht Gewalt oder Revolution, sondern nur durch Ueberlegung und Vernunft dem Arbeiter zu helfen ist.

N. B. Die Angaben über Löhne und Mitgliederzahl stammen aus dem Buche: „The Labour Year Book“ 1924, (Des Arbeiters Jahrbuch 1924), herausgegeben von den Gewerkschaften.

Verbandsgebiet

Unhaltbare Zustände in den Gießereibetrieben Kölns.

Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse haben die Auswanderung vieler deutscher Qualitätsarbeiter zur Folge gehabt, was um so bedauerlicher für die Industrie ist, weil in Zukunft nur Qualitätsarbeit aus dem Weltmarkt wieder erschließen kann.

Zu den vorgegangenen Arbeitern ist auch der Formerberuf zu zählen. Schon allein die Tatsache, daß es in den letzten Jahren wegen der schweren und gesundheitschädlichen Arbeit nicht möglich war, den notwendigen Nachwuchs heranzubilden. Was haben die für die Industrie mitverantwortlichen Kreise getan, die so gefährdeten Betriebe etwas vorsichtiger zu behandeln. Weit gefehlt: Statt dessen haben sich in den Kölner Gießereien Verhältnisse heraus, die unbedingt verhütet werden müssen.

Wie liegen die Dinge? In der Kölner Metallindustrie bestand für die Gießereien ein besonderes Abkommen, daß auch die Festlohnfrage regelte, wodurch viele Härten und Ungerechtigkeiten beseitigt wurden. Dieses Abkommen ist vom Arbeitgeberverband der Metallindustrie für Köln und Umgegend den Gewerkschaften zum 15. Januar 1924 gekündigt worden. Vorgegangen war in demselben, daß Festlohn beim Nichterschulden des Formers mit 75 Prozent des Lohnes bezügelt wurden, bei nachgefolgter Schuld, sei es durch schlechte oder nachlässige Arbeit des Formers, bekam derselbe nichts vergütet. Nach dem Wegfall des Abkommens ist nun der Willkür in dem Betriebe Tür und Tor geöffnet. Für Festlohn erhält der Former keine Vergütung mehr, weil, wie wir festgestellt, bei einem Teil der Firmen die Schuldfrage nicht mehr geprüft wird. In vielen Fällen steht der Former erst auf seiner Lohnhöhe, daß er für dieses oder jenes Stück nichts mehr bekommt. So sind eine Anzahl Fälle zu verzeichnen, wo der Nachweis für die Schuldlosigkeit des Formers erbracht werden kann, der 20 und sogar 30 Stunden Arbeitslohn weniger erhält. Daß bei den derzeitigen schlechten Löhnen ein Arbeiter einen solchen Lohnausfall nicht tragen kann, ist für jeden denkenden Menschen klar, und nicht zu verwundern ist es, wenn das Interesse an der Arbeit in solchen Fällen nicht gehoben wird, sondern anstatt Arbeitsfreudigkeit Arbeitsunlust eintritt.

Die Gewerkschaften haben sich bemüht, ein neues Abkommen zu schaffen, das aber vom Arbeitgeberverband abgelehnt wurde mit Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage. Wir sagen, so kann es nicht weiter gehen, soll Schlimmeres verhütet werden. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß recht bald die Arbeitgeber mit den Gewerkschaften versuchen müssen, hier eine befriedigende Lösung zu finden.

Der Rahmentarif für die Solinger Metallindustrie.

ist nach monatelangen Verhandlungen endlich zum Abschluß gekommen. Am 4. Januar 1924 kündigten die Arbeitgeber den seit 1920 bestehenden Kollektivvertrag. Der seit dem 1. Januar unter kommunikativer Führung stehende Deutsche Metallarbeiterverband beantwortete die Kündigung des Vertrages ohne Einhaltung der Kündigungsfrist mit dem sog. Generalstreik. Der Solinger Industriearbeiterverband (Lokalverband) schloß sich dem Generalstreik ebenfalls an. Unsere Kollegen sowie ein erheblicher Teil der in den beiden sozialistischen Verbänden organisierten Arbeiter lehnten den Generalstreik ab. Den Arbeitgebern im oberen Kreise Solingens kam der Generalstreik wie gerufen. Sie hatten schon lange auf eine günstige Gelegenheit gewartet den Solinger Arbeitern auszusaugen. Durch den Generalstreik arbeiteten die Kommunisten und Sozialisten den Unternehmern in die Hände. Der Generalstreik brach nach sechswochiger Dauer genau so zusammen wie feinerzeit im Ruhrrevier und in Düsseldorf. Die radikalsten Schreier gingen hin und unterschrieben nicht eine Erklärung, sondern eine 57 1/2stündige Arbeitszeit. Mit großer Mühe gelang es dem christlichen Metallarbeiterverband beim Schlichter eine 12-25prozentige Lohnerhöhung für die Solinger Arbeiter herauszuholen. Nachdem der Kampf zusammengebrochen war, präsentierten die Unternehmer den Arbeitern die Rechnung. Sie verlangten, daß in dem neuen Rahmentarif wesentliche Verschlechterungen für die Arbeiter ausgenommen werden müßten. Die Verhandlungen zogen sich monatelang hin. Der Schlichter mußte zweimal einen Schiedsspruch fällen, weil die Solinger Unternehmer immer mehr tarifliche Verschlechterungen verlangten. Eigentlich wollten die Solinger Unternehmer überhaupt keinen Tarifvertrag mehr. Sie näherten sich in ihrer Einstellung ganz bedenklich den Klementen Methoden und das in dem uralten Tarifgebiet Solingens. Erst am 29. Juli gab der Arbeitgeberverband seine Zustimmung zum Rahmentarif, welcher mit rückwirkender Kraft ab 1. Mai Geltung hat.

Der neue Tarif steht eine Menge Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Tarif vor. Die Unternehmer erklärten den sozialistischen Gewerkschaftsvertretern gegenüber ausdrücklich, daß die Verschlechterungen im neuen Tarif einzeln und allein eine Folge des unter Kontraktbruch geführten Generalstreiks seien. Die Arbeitgeber hätten bei der Kündigung des Tarifs nur die Arbeitszeit ändern wollen. Nachdem aber noch während der Kündigungsfrist der Generalstreik proklamiert worden sei, hätten die Arbeitgeber die günstige Gelegenheit benutzt, um auch ihre sonstigen Wünsche in bezug auf den Tarif durchzusetzen. Die Solinger Metallarbeiter werden aus dem Vorkommnisse die Lehre ziehen, sich in Zukunft nicht mehr wie bisher geschloßen hinter den christlichen Metallarbeiterverband zu stellen, um den arbeiterschädigenden Treibern der Kapitalen wirksam entgegen zu wirken. Das beste Mittel ist und bleibt die Stärkung des Verbandes. Daß es sehr leicht möglich ist, den Verband trotz der schweren Krise zu stärken, beweist das Ergebnis der Hausagitation am Sonntag, den 10. August in Solingen. An der Agitation beteiligten sich 17 Kollegen. Aufgesucht wurden 36. Mäander wurde nicht angetroffen. Fast sämtlich angetroffenen Leute wurden wiedergewonnen oder aufgenommen und zwar: Neuaufnahmen 5, Uebertritte 3, wiedergewonnen 17. Also insgesamt 25. Die übrigen Ortsgruppen werden dem Beispiel bald folgen.

Verwaltungsbeamte, Koll. Theis (Höchst). Kollege Theis eröffnete die Konferenz um 9,45 Uhr und übergab den Vorsitz dem Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Mainz, Koll. Heibel. Den 1. Punkt der Tagesordnung: „Innerer Aufbau der Verwaltung“ behandelte Kollege Theis in längerem Vortrag und zeichnete ein Bild, wie er sich die Gewerkschaftsarbeit in dem ihm zugewiesenen Verbandsgebiet denkt. Den größten Wert lege er auf die treue Zusammenarbeit der einzelnen Sektionen. Er regte die Bildung eines Verwaltungsausschusses an, der die Verwaltungsgeschäfte regeln solle, und die Agitation für die Wintermonate vorzubereiten und durchzuführen habe. Damit die Kosten gleichmäßig verteilt werden, schlug er vor, einen Beitrag von 5 3 pro verkaufte Zeitschrift zur Gründung eines Agitationsfonds abzuführen. Er sei auch bereit, in Zukunft wöchentlich einen Tag in Mainz auf dem Wege zu verbringen, um so den Kollegen von Mainz, Wiesbaden und Umgebung Gelegenheit zu geben, sich Rat und Auskunft in Verbandsangelegenheiten zu holen, wie auch die Zusammenarbeit im ganzen Gebiet leichter zu ermöglichen.

In der anschließenden Diskussion, an der sich die Kollegen Heibel und Schell (Mainz), Marschang, Waldmann und Klaas (Höchst) und März (Hunsrück) beteiligten, wurde einmütig die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit betont. Besonders begrüßen sei die Kollegen von Mainz, daß endlich einmal Gelegenheit gegeben sei, einen freigestellten Kollegen wöchentlich einen Tag in Mainz zu haben. Sie versprachen sich hieron eine Belohnung des Verbandslebens und der Agitationsfreudigkeit. Der Beitrag von 5 3 wurde einstimmig ohne Widerspruch angenommen.

Zu Punkt 2: Bedeutung und Aufgaben der Betriebsräte, referierte Koll. Marschang (Höchst). Er behandelte die Aufgaben der Betriebsräte bei der Durchführung der Tarife in den Betrieben, bei der Mitwirkung zur Produktionshebung, damit dieselbe nicht nur durch Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau, sondern durch Verbesserung der Betriebsrichtungen erreicht werde, ferner bei Verbesserung des Arbeiterschlusses, Festsetzung der Akorde und des Prämien-systems und bei Unterjochung von Unfällen durch den Unfallmann. Die Kollegen sollten sodann nicht den Betriebsrat mit allen Kleinigkeiten betätigen, damit er Zeit habe, seine Hauptaufgaben zu erfüllen. In der Diskussion machte Koll. Schell (Mainz) darauf aufmerksam, daß es notwendig sei, den rechten Mann in

den Betriebsrat zu wählen und nicht den größten Mannhaken. Auch müßte darauf geachtet werden, daß nicht Betriebsratsmitglieder der gegnerischen Organisation ihre Rechte zu unseren Ungunsten mißbrauchen.

Koll. Theis betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den andern Kollegen des Verbandes. Weitere Anregungen gaben noch die Koll. Emmermann (Wiesbaden) u. Bierck (Höchst). Letzterer machte noch auf die Aufgaben der Betriebsräte in bezug auf das Lehrlingswesen aufmerksam. Es wurde beschlossen, in jedem Frühjahr eine Verwaltungskonferenz und im Herbst eine Betriebsrätekonferenz abzuhalten. Auch soll für das Betriebsrätewesen eine bessere Zusammenarbeit innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes angestrebt werden.

Der Bezirksleiter, Koll. Wesp, referierte sodann über die Aufgaben der Gewerkschaften in der jetzigen Zeit.

Er zeigte in seinem Referate die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Was wäre aus der Arbeiterklasse geworden, wenn in der jetzigen Zeit keine Gewerkschaften existierten. Den Lohnabbau hätten wir noch viel gründlicher zu spüren bekommen, denn der Unternehmer „liebt“ die Arbeiterklasse nur in der Zeit des Ruhestampfes. Als der Mohr seine Schuldigkeit getan, konnte er wieder gehen. Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung waren dann der Dank. Die Gewerkschaften suchte man auszuschalten. Man wollte wieder die Verhältnisse vor 30-40 Jahren zurückrufen. Da gilt es, unseren Verband zu stärken, um die Willkürherrschaft der Unternehmer zu brechen. Mit politischen Parteien ist hier nichts auszurichten, hier kann nur die Gewerkschaft helfen. Aber noch eine weitere Aufgabe hat der Verband zu erfüllen, nämlich die geistige Hebung des Arbeiterstandes. In dieser Beziehung konnte der Verband durch die andauernden Lohnbewegungen in den letzten Jahren nicht viel tun. Dies nun sehr nachgeholt werden. Es müssen wieder Kämpfer herangebildet werden, die mit Begeisterung für unsere Ideale eintreten. Das Veranlagungswesen muß wieder neu aufleben. Die Lehrende Referate müssen gehalten, Unterrichtskurse abgehalten werden, damit besonders die jüngeren Kollegen geschult werden.

Wenn die Gewerkschaft aber all dies erfüllen soll, bedarf sie einer gefüllten Kasse. Es ist deshalb notwendig, daß die Beiträge pünktlich gezahlt werden, auch müßten die Kollegen vor allem in die richtige Beitragsklasse eingereiht werden. Wenn die Kollegen in

Schutzzölle, Preise und Zwischenhandel

In der vorigen Nummer unseres Organs ist in einem Artikel die Schutzlohnfrage lediglich unter dem Gesichtswinkel des industriellen Arbeiters gesehen worden. Damit aber ist eine solche Frage nicht erledigt oder gar abgetan, denn der Schutzlohn ist ja nicht nur eine Belastung für die industriellen Arbeiter, wie vielfach dargestellt wird; die landwirtschaftlichen Arbeiter suchen zu beweisen, daß ein Schutzlohn keine Verteuerung der Produkte mit sich bringt, wenn der enorm angelegene Zwischenhandel eingeschränkt wird. Im nachfolgenden führen wir die Gründe eines der maßgebenden Leiter der ländlichen Arbeiter unserer Kollegen vor. Erst nach Abwägung der Durchschlagkraft der beiderseitig vorgebrachten Gründe fassen sich die Kollegen einig, aber sich nicht vorzeitig durch agitatorische Phrasen auf einen Standpunkt festlegen.

Man darf die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle doch nicht so einseitig vom Verbraucherstandpunkt aus betrachten, wie es häufig geschieht. Zunächst kommt für uns als christliche ländliche Arbeitnehmer doch bei der Beurteilung der ganzen Frage auch der Gerechtigkeitsstandpunkt in Betracht. Die ländlichen Arbeitnehmer werden es nie verstehen, daß man einen einseitigen und dabei noch ziemlich hohen Zollschutz der Industrie gewährt, und die Landwirtschaft in dem Augenblick der schärften Krise, die sie in den letzten 40 Jahren erlebt hat, schuldlos der ausländischen Konkurrenz preisgibt. Wenn wir auch zugeben, daß im Augenblick der Landwirtschaft viel mehr mit Kreditleichterung und Steuererleichterung geholfen werden kann als mit Schutzzöllen, so darf doch nicht vergessen werden, daß sich allem Anschein nach im Laufe des nächsten Jahres unsere gesamte Handelspolitik der Zukunft entscheiden wird. Es handelt sich also darum, ob man der Landwirtschaft für das nächste halbe oder ganze Jahrzehnt, angefaßt der unübersichtlichen Entwicklung, einen Schutz geben soll oder nicht. Von diesem Standpunkt aus gesehen, sind die ländlichen Arbeitnehmer bis weit in die Sozialdemokratische Partei hinein, — wie ja die Zustimmung in der ersten Verhandlung im Reichswirtschaftsrat seitens des Vertreters des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes bewiesen hat — der Ansicht, daß ohne ausreichenden Zollschutz die Landwirtschaft in absehbarer Zeit zur extensiven Wirtschaft übergehen muß. Das bedeutet so wohl mittelbar, wegen der herabgesetzten Kaufkraft der Landwirtschaft, eine steigende Erwerbslosigkeit in den übrigen Industrien, vor allem in der Textil- und Metallindustrie, es bedeutet gleichzeitig aber aller Wahrscheinlichkeit nach die Wertlosmachung eines großen Teils von Kapital, das in den vergangenen Jahren in den Bau neuer Landarbeiterwohnungen hineingesteckt worden ist; es bedeutet eine Verelendung der Landarbeiter in Folge Herabminderung der Kaufkraft der Deputat-löhne und endlich die Erwerbslosigkeit eines außerordentlich hohen Prozentsatzes der Landarbeiter, die dann als Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt auftreten müssen und die Löhne der übrigen Arbeiter drücken müssen.

Man soll über diese Aussichten nicht so leicht hinweggleiten, wie es vielfach geschieht; man soll ebenso die Tatsache nicht auf die leichte Schulter nehmen, daß möglicherweise bei mangelndem Zollschutz die ganze, jetzt immerhin noch aussichtsreiche Siedlungs-tätigkeit wieder ins Stocken gerät.

Das ganze Problem der landwirtschaftlichen Schutzzölle wird infolge der sozialdemokratischen Agitation überhaupt nicht ruhig gemüht. Die Sozialdemokratie glaubt für etwa notwendig werdende Reichstags- und Landtagswahlen sich eine starke Agitationsperiode durch den Kampf gegen Schutzzölle verschaffen zu können. Sie wird ohne Frage sich darin in bezug auf die ländlichen Arbeitnehmer nicht täuschen, sie wird auf der anderen Seite aber auch die gebührende Quittung bei kommenden Wahlen auf dem Lande und bei ländlichen Arbeitnehmern erhalten. Es ist sehr interessant, zu beobachten, wie beispielsweise diejenigen sozialdemokratischen Abgeordneten, die auf die Stimmen in ländlichen Bezirken mit rechnen müssen, eine wesentlich andere Haltung einnehmen, als die sozialdemokratische Parteileitung. Als bestes Beispiel können die Verhandlungen, die vor einiger Zeit im Preussischen Landtag geführt worden sind, in der Frage des Schutzzolles dienen.

Die Bedeutung der Verteuerung der Lebensmittel durch Schutzlohn für den einzelnen Hauswirt wird aus agitatorischen Gründen meistens übertrieben. Sie verschwindet gegenüber der Tatsache, daß sich in den letzten Jahren der Zwischenhandel in geradezu schamlos ausbeutender Weise zwischen Produzenten und Konsumenten eingeschaltet hat. Dafür nur einige Beispiele, die wir der „Rote Fahne“, also einer in dieser Beziehung einwandfreie Quelle, entnehmen. Die Preisverhältnisse für Fleisch beispielsweise zeigten Ende April folgende Zahlen:

Erzeuger	Wiederverkäufer	Großhandel	Kleinhandel
1924	29,70	41,50	74,00
1913	42,75	48,50	72,54

Während sich der Fleischpreis in Berlin auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber 1913 auf die Hälfte gesenkt hat, stieg die Kopf der Händler am Schlachthof auf das Doppelte.

Das bedeutet, daß sich in den Umsatz desselben Quantums Fleisches heute vier Hundert teilen, während 1913 nur ein einziges heute nötig war. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese vier Händler annähernd dasselbe verdienen wollen wie der eine von 1913. Daraus ergeben sich die Konsequenzen für den Konsumenten von Fleisch. Verhättnisse lassen sich für den Milchhandel aufstellen; heute werden für das Liter Milch dem Produzenten 10 bis 15 Pfg. gezahlt; in der Stadt wird an den einzelnen Abnehmer die Milch mit 25 bis 30 Pfg. verkauft. Warum sorgt das Preussische Innenministerium, dem doch die Polizeiverwaltung untersteht, nicht dafür, daß diesen skandalösen Zuständen ein Ende gemacht wird, statt daß die Parteifreunde des Preussischen Innenministeriums eine müde Agitation gegen ländliche Schutzzölle aufziehen, die auch nicht annähernd eine ähnliche Verteuerung bringen können, als sie der wucherische Zwischenhandel verursacht.

Auf der anderen Seite hat die Landwirtschaft, trotzdem sie erheblich niedrigere Preise in den vergangenen Monaten für ihre Produkte als im Jahre 1913 erhielt und für einen großen Teil der Produkte auch heute noch erhält, ganz erheblich höhere Preise für ihre Betriebsmittel zu zahlen. Wir zitieren wieder um die „Rote Fahne“:

Anfang April zeigte das Verhältnis, in Roggen gezahlt, ungefähr folgendes Bild:

Es kostete	vor dem Kriege	1924
1 Pflug von 47 Kilogr.	344,1 Pfd. Rogg.	621,2 Pfd. Rogg.
1 Tonne Feldförderlohl	166,0 Pfd. Rogg.	311,2 Pfd. Rogg.
1 Ztr. 40 Proz. Kalisalz	18,9 Pfd. Rogg.	23,8 Pfd. Rogg.
1 Ztr. Superphosphat	42,6 Pfd. Rogg.	78,5 Pfd. Rogg.
1 Ztr. Mais	70,5 Pfd. Rogg.	111,0 Pfd. Rogg.
1 Paar Rindlederstücke	90,0 Pfd. Rogg.	200,0 Pfd. Rogg.

Die „Rote Fahne“ fügt dann hinzu: In Wirklichkeit ist die „Schere“ für den kleineren und mittleren Bauern noch weit mehr offen, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Die Zahlen steigen sich auf die Marktebene. Der Bauer erhält aber für seine Produkte meist weniger als die Marktpreise und andererseits muß er die 5 bis 60 Prozent höheren Frachtpreise als vor dem Kriege beim Bezug seiner Bedarfsartikel hinzurechnen.

Das ist eine durchaus richtige Einsicht, die hier von der „Rote Fahne“ wiedergegeben wird, obwohl sie natürlich aus agitatorischen Gründen andere Schlussfolgerungen zieht. Wir möchten aber noch einige Beispiele anführen, für die Mehrbelastung der landwirtschaftlichen Produkte infolge der höheren Frachttarife. Nach der „Frankfurter Zeitung“ vom 2. August 1924 betrug die Frachtbelastung pro Tonne bei einer Beförderungslänge von 2000 Kilometern:

	im Jahre 1913	im Juni 1924
bei Roggen	6,2%	12%
bei Rindern	3,9%	5%
bei Kalidüngesalz	6,6%	7,3%

Aus allen diesen Beispielen geht unbestritten hervor, daß durch den wucherischen Zwischenhandel und durch die höheren Frachttarife die landwirtschaftlichen Produkte auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher insgesamt vielleicht um das 5- bis 6fache mehr verteuert werden, als es durch den von der Regierung vorgeesehenen Zollschutz möglich wäre. Wir halten es durchaus für möglich, daß sich, selbst wenn man der Landwirtschaft für die kommenden Jahre durch einen Zollschutz die Sicherung gewisser Mindesteinnahmen verschafft und damit die landwirtschaftlichen Produktpreise stabilisiert, trotzdem eine Verbilligung der Lebensmittel für den Konsumenten gegenüber den heutigen Preisen erzielen läßt. Wir sehen jetzt den Augenblick gekommen, wo man über die Abstützung des Weges zwischen Verbraucher und Erzeuger nicht mehr reden soll, sondern wo sich endlich Produzenten- und Konsumentengenossenschaften zu praktischem Handeln zusammenschließen können. Wenn der unmittelbare Bezug zwischen ländlichen Erzeugern und Verbrauchern regelmäßig herbeigeführt und gesichert wird, dann ist auch eine viel bessere Ausnutzung des Laderaums der Eisenbahn möglich, und die Transportkosten müssen sich naturgemäß ebenfalls verbilligen. Nach dieser Richtung hin ist bekanntlich im Ausland durch die Initiative der Eisenbahn-Gesellschaften außerordentlich viel geleistet worden. Bei unserem Staatsbahnenystem muß diese Initiative von Organen des Erzeugers und Verbrauchers ausgehen. Hier öffnen sich Aussichten, die auf ein stärkeres und besseres Verständnis zwischen Stadt und Land und auf eine Minderung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze hinführen.

Man sollte schließlich nie außer acht lassen, daß durch Landwirtschaft u. Industrie auch ländliche und städtische Arbeitnehmer so eng miteinander wirtschaftlich verflochten sind, daß der Wohlstand der einen Gruppe auch die Möglichkeit besserer Lebenshaltung für die andere Gruppe bedeutet. Hat dieser Satz seine Richtigkeit, so gilt er in ganz besonderer Maße heute, wo wir ein Land sind, das in den nächsten Jahren nur in der Lage sein wird, einen beschränkten Devisenbestand für die Einfuhr von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, und für das es außerdem bei stagnierender Landwirtschaft und stagnierender Industrie nur eine ganz beschränkte Möglichkeit der Auswanderung und damit eines Schutzes gegen außerordentliche Verelendung der Arbeitermassen in Stadt und Land gibt.

Mainz. Am 24. August tagte in Mainz eine Verwaltungs-konferenz für die Wirtschaftsgewerkschaften Höchst, Mainz, Wiesbaden, Rheingau, Alsen, Kreisnach und Hunsrück, die sehr gut besucht war. Alle Verwaltungsstellen und Sektionen hatten Vertreter entsandt. Amesend waren ebenfalls der Bezirksleiter, Koll. Wesp und der

Zählst du deine Beiträge in der richtigen Klasse?

dieser Begehung alle ihre volle Schuldigkeit täten, dann werde auch für die Arbeiterschaft ein neuer Aufstieg kommen.

Der Beifall, der dem Kollegen Wesp gespendet wurde, zeigte, daß die Kollegen gemißt sind, in dieser Beziehung voll und ganz ihre Schuldigkeit zu tun.

Es wurde sodann noch ein Verwaltungsausschuß gewählt, dem die Kollegen Brendel (Südost) und Heibel (Mainz) angehören. Ein Kollege von Wiesbaden soll noch ernannt werden. Ferner soll jede Sektion in den nächsten Tagen einen Kollegen benennen für einen Agitationsausschuß, der auch in Tätigkeit treten müsse. Nun wurde noch Stellung zu den Londoner Beschlüssen genommen und waren die Kollegen einstimmig der Meinung, daß den Beschlüssen unbedingt zugestimmt werden müsse, da die Not der Arbeiterschaft, ganz besonders bei uns im besetzten Gebiet, auf das Höchste gestiegen ist. Weiteres kann nicht mehr getragen werden. Koll. Wesp wurde beauftragt, unsere Meinung den zuständigen Stellen zu übermitteln. Ferner soll Koll. Wesp unserem Verbandsvorsitzenden Koll. Wieder die herzlichsten Glückwünsche der Konferenz zu seiner kürzlich erhaltenen hohen Auszeichnung übermitteln. Die Konferenz erblickt in dieser Auszeichnung zugleich eine Anerkennung der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften. Mit einem begeisterten Schlußwort schloß sodann Koll. Heibel die Konferenz um 2 Uhr.

Nun gilt es für die Kollegen unserer Verwaltung, die Beschlüsse der Konferenz in die Tat umzusetzen. Mit Mut und Entschlossenheit an die Arbeit, damit sich auch der christliche Metallarbeiterverband in dem Gebiete eines Bischof Ketteler endlich die Position ertücht, die ihm von Rechts wegen zukommt.

Dillenburg. Nachdem für die Metallindustrie des Handelskammerbezirks Dillenburg vom Jahre 1919 bis 1923 ein selbständiger Arbeitgeberverband bestanden hatte, erfolgte mit Januar 1924 die Auflösung desselben und Anschließung hiesiger Metallindustrie an den Arbeitgeberverband Siegerländer Gruben und Hütten. Durch Schreiben vom 14. 1. 24 wurde den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen diese Umgruppierung mitgeteilt unter gleichzeitiger Bestätigung des neuen Verbandes von Sieger aus. Bei dieser Gelegenheit sei festgestellt, daß in der ganzen Zeit des Bestehens ergründeten Arbeitgebervereins von den beiderseitigen Kontrahenten erzieherisches geleistet wurde, da es trotz der mannigfachen Gegenstände, die stets bestanden, doch immer wieder möglich war, den Bezirk vor schwersten Erschütterungen zu bewahren. Nach erfolgter Umgruppierung der hiesigen Metallindustrie (die keineswegs mit einseitiger Zustimmung erfolgte, da hierbei einzelne Mitglieder ausstiegen und auch sonst sehr starke Opposition vorhanden war) zeigte sich schon in den ersten Verhandlungen mit dem nunmehrigen Syndikus des neuen Verbandes Dr. Hagenberg-Siegen, daß von jetzt ab für die hiesige Arbeiterschaft eine neue Zeitperiode begonnen hatte. So ist denn von Anfang an mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet worden, die hiesige Metallindustrie in eine „Sonderstellung“ zu bringen, die nach keiner Seite hin Berechtigung hat. So erfolgte als erstes rigorose Kündigung aller zu Recht bestehenden Verträge und Abmachungen, dadurch gleich andeutend, was man beabsichtigte.

Während man in den ersten Wochen und Monaten des neuen Jahres in allen Industriebezirken entsprechend den Verhältnissen weitere Lohnregelungen und Ausgleichungen vornahm, erfolgte für die hiesige Metallindustrie willkürlicher Abbau der bestehenden Löhne, ohne sich dabei mit den zuständigen Arbeitnehmerorganisationen in Verbindung zu setzen. So reduzierte man in kurzer Folge bis im Dez. 1923 bestehenden Tariflohn von 520 000 000 Mark (gleich 52 Guldpennig) derart, daß Ende Januar 1924 in der Metallindustrie nur noch 40 Pf. Stundenlohn gezahlt wurden. Um dafür die Arbeiterschaft gefügig zu machen, wurde, wenn es nicht anders ging, zu den schärfsten Mitteln gegriffen. Während sich die Arbeitnehmervertreter unablässig bemühten, durch ordnungsmäßige Verhandlungen usw. auch mit dem neuen Arbeitgeberverband zu festen Verträgen zu gelangen, benutzte der ichige Syndikus Dr. Hagenberg jede sich bietende Möglichkeit, derartige Bemühungen zum Scheitern zu bringen. In unzähligen Sitzungen und Verhandlungen bis vor den höchsten Instanzen wurde nutzlos Zeit und Geld verschwendet. Der famose Herr Syndikus beidseitig die Sache schon so, daß sie mindestens ergebnislos endete. Doch es wäre nicht richtig, diesem Herrn alle Großmut abzusprechen und soll ihm deshalb auch die Gerechtigkeit widerfahren. Bei einer Lohnverhandlung vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß in Wehlar entwickelte Herr Dr. Hagenberg auch u. a. die Notwendigkeiten zur Erhaltung der hiesigen Industrie, die in der Forderung gipfelte: „Möglichkeit lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, bedingungslose Übernahme eines unbrauchbaren Rahmentarifs usw.“ Auf die vom Schlichter dieser Zeilen aufgeworfene Frage: „Und wie steht es dabei mit dem Lohn?“, erwiderte der famose Herr Syndikus voll Ernst und Würde: „Ich bin bereit, die hiesige Arbeiterschaft prozentual an dem Lohn der „Siegerländer Arbeiterschaft“ teilnehmen zu lassen.“ So als hätte die Großmut und Gerechtigkeit des Herrn Dr. Hagenberg, Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Siegerländer Gruben und Hütten, aus Getreue dieser Einstellung war dann auch in der Folgezeit das feste Verhalten des Arbeitgeberverbandes, unter allen Umständen das sich gesteckte Ziel zu erreichen. Man scheute nicht davor zurück, Verschleppungspolitik schimmriges Art zu treiben. Dies zeigte sich am besten aber erst anläßlich der Verhandlungen über die Arbeitszeitregelung, Rahmentarif usw. Man verlangte einfach kategorisch bedingungslose Übernahme des Siegerländer Rahmentarifs, und Zustimmung zur 60stündigen Arbeitswoche, worgegen nicht gewillt, irgendwelche Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen. Wundert sich bei solcher Inkonsequenz noch jemand, daß es nicht möglich ist, mit den Organisationen eine Verständigung zu erzielen? Oder glaubt man vielleicht, solches Verhalten würde ungegünstig bleiben? Die fernere Zeitentwicklung wird schon darauf die gebührende Antwort geben, dessen mögen auch die hiesigen Arbeitgeber gewiß sein.

Wir haben im hiesigen Bezirk erlebt, daß alle Werke von dem Mittel der Betriebsstilllegung Gebrauch machten und bezeichneten inselgedessen seit Monaten stetige Ankündigung von Schließungen der Betriebe. Dieses war das drohende Gespenst, welches die Arbeiterschaft willenlos und gefügig machen sollte. Aber man geht auf diesem Gebiete noch weiter, weil man glaubt, Herrschaft sei heute wieder Trumpf. Seit Monaten sind Lohn und Arbeitszeit freitig; alle Bemühungen der Organisationen, zur vertraglichen Regelung zu kommen, scheitern an dem hartnäckigen Standpunkt der Arbeitgeber. Unzählige Verhandlungen vor allen Instanzen sind notwendig, um endlich zwei Schiedsprüche zustande zu bringen (Arbeitszeit mit Stimmen der Arbeitgeber auf 57 Stunden wöchentlich, Lohn auf 44 Pfg bzw. 47 Pfg mit Stimmen der Arbeitnehmer). Beide Parteien beantragten bei dem Reichsarbeitsministerium Verhandlung in Berlin und zum Schluß, — völliges Versagen des Reichsarbeitsministeriums, welches den Parteien Einigung anempfiehlt. Interessant ist dabei die Feststellung, daß von Arbeitgeberseite alle möglichen Versuche unternommen wurden, um der Entscheidung in Berlin die gewünschte Wendung zu geben. In langen Telegrammen und persönlichen Besprechungen wurde bei dem Reichsarbeitsministerium dahin gerichtet, eine Verbindlichkeitsklärung des Lohnes zu verhindern, hingegen aber alles daranzusetzen, um eine Verbindlichkeitsklärung der Arbeitszeit zu erreichen. Wenn auch nun, wie vorstehend betont, die entscheidende Stelle un-

verständnisvollerweise völlig versagte, und nicht den Mut hatte, einen Lohn, der noch nicht als auskömmlich bezeichnet werden kann, für verbindlich zu erklären, oder ein gleiches bei der Arbeitszeit zu tun, so hatte sich der Arbeitgeberverband doch durchgesetzt und erreicht, daß wir nach wie vor ohne schriftliche Regelung bleiben. Diese Zeit wurde dann auch vom Unternehmertum weidlich ausgenützt. Stilllegung folgte auf Stilllegung, überall Massenflucht der Beschäftigten auslösend. Kein Wunder, wenn sich bei solchen Zwangsmassnahmen die Arbeiter fügen und stillschweigen; steht doch das drohende Gespenst der erneuten Arbeitslosigkeit hinter ihnen. Naiv ist aber der Gedanke, etwa anzunehmen, die Arbeiterschaft wäre zufrieden und hätte keinen Grund zur Beschwerde. Zufriedenheit muß doch etwas anders fundiert sein.

Das neuerliche Verhalten der hiesigen Arbeitgeber zeigt aber nun allem die Krone auf. Man beantragt bei dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes, derselbe möge sich für die Mitgliedergruppe des Handelskammerbezirks für — tarifunfähig erklären. Um den notwendigen Druck hinter den Antrag zu setzen, spricht man für den Fall der Ablehnung des Antrages vorläufig die Kündigung der Mitgliedschaft aus. Also: „Tarifunfähigkeit“ besser gesagt Tarifunwilligkeit; denn dann bliebe man doch wenigstens ehrlich. Es soll doch lediglich durch die Maßnahmen erreicht werden, jeglichen Einfluß der Gewerkschaften zu unterbinden und dieselben von allen Beiträgen auszuschalten. Man hofft dadurch, mit der Arbeiterschaft werkweise Verträge abzuschließen, um diese dann um so gründlicher übers Ohr zu hauen und auszunützen. Aber auch diese Rechnung wird letzten Endes nicht stimmen. Druck erzeugt Gegendruck und werden wir schon mit der entsprechenden Gegenmaßnahme zur gegebenen Zeit die gebührende Antwort geben. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, durch maßvolle gerechte Wirtschaft und Sozialpolitik für die Zukunft den Wirtschaftskrisen zu sichern. Bei Weiterführung der jetzigen, egoistischen und schmerzhaften Interessenspolitik aber wird es unzweifelhaft zu den schärfsten Auseinandersetzungen kommen; werden Wirtschaftskämpfe

Der herannahende Bankrott

Wenn man die letzten Reichstagsitzungen verfolgte und dabei die Taktik der Kommunisten sah, ihre Lärmbühne ans Zarenhaus erinnerte, gegen das Londoner Abkommen Sturm zu laufen, dann braucht man nicht zu fragen: Wo ist das? Der Kommunismus steht seine Felle weggeschwommen. Ru bei einem geknechteten, verzerrten und verkümmerten Volk läßt sich Radikalismus säen und blühen die Früchte des Bolschewismus. Die Mostaugelbewegungen hätten es am liebsten gesehen, wenn dieser fürchterliche Zustand der letzten Jahre vorzeitig worden wäre. Die Annahme des Londoner Abkommens bedeutet für das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft ein Aufatmen. Wenn man auch die fürchterlichen Wunden nicht durch schändliche Worte in besserem Lichte erscheinen lassen darf, wie sie in Wirklichkeit sind, so ist doch eine gewisse Entspannung, eine Beruhigung eingetreten. Und gerade einem solchen Zustand haßt der Bolschewismus, denn dabei wächst kein Weizen nicht.

Wie man heute in kommunistischen führenden Kreisen die Situation beurteilt, dafür spricht ein vertrauliches „politisches Rundschreiben an alle Ortsgruppen, Bezirke und Distrikte“, das uns vor einigen Tagen in die Hände fiel und aus dem wir die hauptsächlichsten Punkte unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen. Es heißt in diesem kommunistischen Rundschreiben:

Die Arbeiterschaft sieht in uns nicht mehr die Partei, die sie zum Siege führen kann. Die Arbeiterschaft glaubt nicht mehr an die kommunistische Partei als die Partei, die mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen die Reaktion und den Kapitalismus aufnehmen kann. Deshalb fühlen sich die breiten Arbeitermassen allein gelassen und ohne Führung. In diesem entsetzlichen Zustand sind in erster Linie Schuld, die breiten Schichten unserer Funktionäre in den Ortsgruppen und vor allen in den Betrieben. Trotz der Oktoberniederlage, trotz der schwereren Verfolgungen durch die Illegalität der Partei ist äußerlich die Partei in Laft geblieben. Aber innerlich ist die Partei schwach. Die Oktoberereignisse und die unbedingt notwendige Umstellung der Partei haben die Partei auf das Schwerste erschüttert. Soll die Reaktion in Deutschland nicht auf Jahre hinaus hegemonisch sein, soll der Kampf gegen die heillosen Pläne der Versklavung der Deutschen Arbeiterschaft durchgeführt werden, dann ist unbedingt notwendig, daß die Partei innerlich fest ist, daß die notwendige Disziplin, ohne die die Partei ein Dreckhaufen ist, möglichst rasch wieder hergestellt wird. Unsere besten Funktionäre müssen verstehen, daß die äußere Aktivität der Arbeiterschaft abhängig ist von der Aktivität der kommunistischen Partei und die Aktivität der komm. Partei ist nichts anderes als die Aktivität in erster Linie aller unserer Funktionäre und der gesamten Mitgliedschaft. Aber niemals werden wir zu dieser Aktivität kommen, wenn wir nicht einheitlich unbedingt geschlossen und diszipliniert überall und in allen Fragen auftreten. Die Verantwortung für die deutsche Arbeiterschaft und für die deutsche Partei ist ungeheuerlich groß. Deshalb sind auch die Aufgaben für die deutsche Partei ungeheuerlich groß. Aber wir werden diese Aufgaben nur durchführen können, wenn die erbärmliche unkommunistische, individualistische, d. h. durchaus unrevolutionäre Haltung unserer Genossen vor allem unserer Funktionäre liquidiert wird. Mit Scham sehen wir gerade in unserem Bezirk auf die Ereignisse der letzten Wochen. Die Partei in unserem Bezirk hat passiv hingenommen die Brutalitäten der deutschen Regierung gegen die russische Handelsdelegation, sie hat passiv hingenommen die Provokationen des Faschismus und das Blutbad an der Halleischen Arbeiterschaft, sie blieb passiv, als die Ruhrtruppen im Kampf standen und alle in der Konferenz der rheinischen Metallarbeiter zur Erweiterung des Kampfes aufgefordert wurden. Es ist eine Schande, daß es noch nicht einmal gelungen ist, breitere Arbeiterschichten für den Arbeiterkongress mobil zu machen. Es ist eine Schande, daß die Werbewege für die Betriebszellen und die Presse vollkommen nachlässig durchgeführt sind. Es ist eine Schande, daß es nur mit den äußersten Anstrengungen gelingt, sie und da die organisatorische Umstellung der Partei auf Betriebszellen in Angriff zu nehmen. So wie jetzt kann und darf es nicht weiter gehen.

Das Wahlresultat darf uns nicht blenden. Tatsache ist es, daß wir in den letzten Monaten trotz der Wahlresultate aus einer Reihe wichtiger Positionen allmählich herausgedrängt werden. Unser Einfluß besonders in den Großbetrieben ist äußerst gering. Unsere besten Funktionäre sind aus den Großbetrieben nach dem Kampf im Januar und Februar herausgeworfen worden. Das stimmt. Aber eine Partei, die innerlich gefestigt ist, die wirklich eine kommunistische Partei ist, wird derartige Niederlagen unmerklich zu überwinden vermögen. Es wäre notwendig gewesen, daß die aus den Großbetrieben herausgeworfenen die besten Funktionäre nicht verzweifeln hatten auf ihre weitere Arbeit, der Revolutionierung der

in nie gekanntem Ausmaße entfremden. Es gilt, auf die kommenden Gefahren aufmerksam zu machen; möge die Warnung nicht ungehört verhallen.

Bekanntmachung
Sonntag, den 14. September, ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

Sch. Görde. Es ist von Zeit zu Zeit gut, daß der bekannte günstige Wind nicht nur intime Rundschreiben aus dem Arbeitgeberlager, sondern auch aus dem kommunistischen Lager auf den Redaktionstisch wirft.

M. Mainz. Du hast Dich inzwischen also überzeugt, daß der Artikel „Wo ist der Weg zur Befreiung“ doch hinsichtlich der Darstellung der durchaus ungesunden Einstellung der Sozialisten zum Pazifismus das Richtige getroffen hat. Mit Internationalismus und Herunterdrücken der Belange des eigenen Volkes dient keiner dem Frieden, den wir doch alle wünschen.

N. Gelsenkirchen. Du hast vollständig recht, wenn du schreibst, daß der Vorstand einer Ortsverwaltung nicht nur das Recht einer Kritik besitzt, sondern vor allem auch selbst das Statut zu befolgen und an erster Stelle in der Hausagitation mitzuarbeiten hat. Wenn das bei Euch nicht der Fall ist, so ist Deine Klage über die Faulheit und das Verhalten des Vorstandes berechtigt, und es ist dann an der Zeit, daß darin Remedur geschafft wird, denn ein Vorstand ist dazu da, Vorbild und Beispiel zu sein und nicht, um die Verbandsarbeit vornehmlich anderen zu überlassen.

Belegschaften in den Betrieben, in denen sie vorher in Arbeit standen. Gerade die Niederlage hätte die Verantwortung sein müssen mit doppeltem Eifer an den Wiederaufbau der Betriebszellen und an die revolutionisierende Tätigkeit unter der Belegschaft der Großbetriebe heranzugehen. Wir erwarten von allen verantwortlichen Funktionären, daß sie diese schwere Bestimmung schnellstens wieder gut machen. Wenn heute unsere besten Betriebsfunktionäre in kleineren und mittleren Betrieben stecken, so bleibt ihnen die Verantwortung, noch wie vor für die Arbeit in den Großbetrieben. Infolgedessen müssen alle diese guten und brauchbaren Kräfte herangezogen werden zum Aufbau der Betriebszellen in den Großbetrieben. Wir haben wahrhaftig genug Worte gemacht über diesen Aufbau. Endlich, und es ist die höchste Zeit, müssen wir an die Verwirklichung dieser Aufgabe gehen.

Weiter haben wir in dem letzten Monat sehr viel Boden verloren in den Gewerkschaften. Auch hier müssen wir uns als Kommunisten brutal und offen die Wahrheit sagen. Tatsache ist, daß der Einfluß der Zentralgewerkschaften auf die gesamte Arbeiterschaft, auch auf die gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiterschaft nach wie vor ungeheuer groß ist. Wir wären Narren und Abenteurer, wenn wir das nicht sehen wollten. Trotzdem die Dinge so liegen, haben wir die in der leichtfertigen Weise verkleidet mit „revolutionärer Phrase“, Positionen in den Gewerkschaften preisgegeben, haben den Reformisten gestattet, sich zu konsolidieren. Unsere Funktionäre müssen begreifen, daß der Weg der Revolution Niederlagen, wo es abwärts gehen scheint. Der kommunistische Funktionär darf in solchen Zeiten die klare Befehlsgebung nicht verlieren. Er darf sich nicht von Stimmungen leiten lassen, die auch trotz Scheinrevolutionärer Phrasologie passiv-revolutionäre Stimmungen sind. Es muß offen ausgesprochen werden, daß ein großer Teil der Funktionäre nach der letzten Niederlage diese klare Selbstbestimmung, dieses klare Kommando, Rechenschaftsgegen, von dem was wir jetzt zu tun haben, nicht befehlen haben. Niemals kam es klarer zum Ausdruck.

Wir haben ferner in der letzten Zeit mit Entsetzen festgestellt, daß selbst führende Funktionäre ein durchaus mangelhaftes Interesse selbst an den wichtigsten und entscheidenden Fragen haben. Wir haben die Unterbezirkskonferenzen, in Referenzzusammenkünften nachgeprüft, daß selbst diese führenden Genossen eine Reihe wichtiger Artikel, die von unserer Presse über das Sachverstandigungsachten erschienen sind, nicht gelesen haben. Diese Tatsache ist geradezu unbegreiflich und sie wirft ein grelles Licht auf das politische Interesse weiter Kreise unserer Funktionäre.

Genossen! Wir können unsere schwere Aufgabe unmöglich durchführen, wenn unsere Genossen, vor allem aber unsere Funktionäre politisch sich nicht aufklären, wenn sie nicht in der Lage sind, in den Betrieben, überall da, wo sie mit Arbeitern zusammenkommen, propagandisch für die Revolution arbeiten. Mit Phrasen allein gewinnt man die Arbeiterschaft nicht für die Revolution.

Wenn wir z. B. die christlichen Arbeiter für unsere Sache gewinnen wollen, dann können wir es nur dann, wenn wir mit solchen Argumenten über Politik und Wirtschaft, über die Rolle des Zentrums, der christlichen Gewerkschaften usw. in der gegenwärtigen kapitalistischen Periode an sie herantreten. Hochmütiges Geschwätz durch nicht gerechtfertigte Ueberheblichkeit ist eines Kommunisten unwürdig.

Genossen! Wir haben den Boden verloren in der letzten Zeit. Wir haben uns in manchen Gebieten drängen lassen. Wir sind in erster Linie schuld an der Passivität der Arbeiterschaft. Das muß anders werden. An die Arbeit! Es muß uns gelingen, selbst die ungeheuerlichsten Aufgaben, die vor uns stehen, zu bewältigen.

Mit kommunistischem Gruß!
Bezirkskomitee Niederrhein.

Interessant ist, daß selbst Kommunisten einsehen, daß die christlichen Arbeiter nur auf sachliche Argumente hören und diese also den phrasenhaften Melodien kaum zugänglich sind. Selbst der Kommunismus sieht also die christliche Gewerkschaftsbewegung als das letzte Bollwerk einer Arbeiterintellektuellenvertretung und als den größten Hommschutz gegen die Ausbreitung des Radikalismus an, weil sie von Vernunft und Sachlichkeit geleitet ist. Wir als Christliche Metallarbeiter wollen auch in der Zukunft zeigen, daß eine Sebnung der arbeitenden Schichten nur durch Fähigkeit, Energie, Klugheit und Vernunft geschehen kann. Wir sind mit der stärksten Damm gegen den Bolschewismus. Sein Bankrott naht heran. Es gilt, ihn zu beschleunigen durch die Stärkung unserer Bewegung.